

Greenpeace

Départ de Paul Delaunois

Paul Delaunois a décidé de relever de nouveaux défis au niveau professionnel. Il quitte, après sept ans, la direction de Greenpeace Luxembourg pour occuper le poste de directeur général de Médecins sans frontières Luxembourg.

„Je suis actif au sein de Greenpeace depuis 1988 et si je quitte aujourd'hui ma fonction salariée de directeur, je continuerai à soutenir Greenpeace et à agir pour la protection de l'environnement“ s'est exprimé Paul Delaunois.

Marieke Kremers devient à partir du 1^{er} octobre 2011 la nouvelle directrice de Greenpeace Luxembourg.

ArcelorMittal-Schließungen

Auswirkungen auf CFL Cargo

LCGB und Syprolux teilten gestern mit, dass im Anschluss an die Ankündigung des ArcelorMittal-Konzerns zur zeitweiligen Stilllegung des Stahlwerkes Schifflingen, der STFS (Werk Schifflingen) und der Walzstraße C (Werk Rodange) seitens der beiden Gewerkschaften eine Unterredung mit dem Management der Firma CFL Cargo angefragt wurde. Der OGBL hatte bereits vor einigen Tagen die gleiche Frage aufgeworfen. Die Gewerkschaften LCGB und Syprolux wurden für Montag, den 3. Oktober um 15 Uhr zu einer Sitzung mit dem Management eingeladen.

„Semaine nationale du logement“

Aufruf an die Gemeinden

Claude Molinaro

Die 14. Ausgabe der „Semaine nationale du logement“ sei ein großer Erfolg, sagte Marco Schank, delegierter Minister für nachhaltige Entwicklung und Infrastruktur, gestern bei der offiziellen Eröffnung. Die Zahl der Aussteller habe sich im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt; in diesem Jahr sind es rund 40.

Marco Schank nutzte die Gelegenheit, um den Gemeinden – wieder einmal – ins Gewissen zu reden. Es seien vor allem sie, die beim Wohnungsbau gefordert seien. Im „paquet logement“ gebe es Möglichkeiten, wie die Gemeinden bei Wohnungsbauprojekten Geld erhalten könnten, die aber von den wenigsten Kommunen genutzt würden, wie etwa die Spezialabgabe für ungenutzte Immobilien, so Marco Schank.

Der Minister bedauerte ebenfalls, dass nur etwa zwei Drittel aller Bauvorhaben auch realisiert würden. In den Jahren 2001-2010 seien 4.200 Baugenehmigungen ausgestellt worden, 2.800 nur seien in die Tat umgesetzt worden.

Schank kündigte ebenfalls eine Reihe Maßnahmen an, die es Interessenten leichter machen sollen, in den Genuss der diversen Beihilfen zu kommen.

In Kürze stelle er dem Regierungsrat das Projekt einer Verordnung für die Schaffung eines Referenz-Zinssatzes vor, dessen Ziel es sei, noch mehr Leute von Zinssubventionen profitieren zu lassen, als dies bisher der Fall sei. Um in den Genuss einer Zinssubvention zu kommen, muss man vom sozialen Zinssatz profitieren.

Alle finanziellen Hilfen, welche



Foto: Didier Sylvestre

Ein Auto im Haushalt bringe die Rechnung gehörig durcheinander, laut Prof. Knoflacher

man momentan erhalten kann, aber gesondert anfragen muss, sollen gebündelt werden, quasi ein „guichet unique“ für Bauprämien- und subventionen.

Dies diene der Vereinfachung der Prozeduren und der besseren Information. Die Investition in eine Immobilie sei wohl die wich-

tigste im Leben eines Menschen. Deshalb sei eine gute Beratung enorm wichtig beim Wohnungskauf oder Hausbau, daher auch die Wichtigkeit einer „semaine du logement“.

Prof. Dr. Dipl. Ing. Hermann Knoflacher aus Österreich beleuchtete nach der Rede Marco

Schanks ein Problem des Wohnungsbaus, welches wohl von den meisten nicht als solches erkannt wird: die Auswirkungen des Autos auf den Wohnungsbau.

Ausgehend von den Feststellungen, dass viele Investitionen in Verkehrsberuhigung und öffentlichen Transport zu keinen nennenswerten Resultaten führten, müsse man sich bewusst werden, dass die Probleme nicht von den Strukturen herrühren, sondern vom Menschen selbst.

Das Auto-Virus

Die Strukturen – in diesem Fall der Verkehr – seien künstlichen Systeme, die vom Menschen geschaffen seien. Das Auto und das Autofahren seien wie ein Virus, das unser Denken und Handeln bestimme, nicht zuletzt auch wie wir unsere Städte, Häuser und Wohnungen bauten.

Aus einer Politik für den Menschen, wurde eine Politik für den Autofahrer. Heute müsse jede Wohnung, aber auch Bürogebäude auch genügend Stellplätze für Autos aufweisen. Genügend Plätze für Kinder und Alte würden nicht verlangt. Diese Verordnungen, wie sie in vielen Ländern bestehen, gingen auf die „Reichsgaragenordnung von 1939 zurück. Es sei diese Bestimmung des Dritten Reiches, welches die Rahmenbedingungen für die Abhängigkeit des Menschen vom Auto schuf. Knoflacher wies ebenfalls auf den Unsinn von Niedrigenergiewohnungen hin, wenn bei diesen auch Stellplätze für Autos vorhanden seien. In der Gesamtrechnung würde aus einer Wohnung der Energieklasse A wegen dem Auto die Energieklasse G oder H werden.

GESCHICHTEN von Herrn Keiner

Zweierlei Privateigentum

Die Angst vor dem Kommunismus ist immer mit dem Argument geschürt worden, dass dieser den Menschen ihr Hab und Gut wegnehmen und in Gemeineigentum überführen will. „Falls Kommunisten etwas derart Undifferenziertes von sich gegeben haben, war es falsch“, sagte Herr Keiner.

„In der Eigentumsfrage muss nämlich zwischen zwei Sorten Eigentum unterschieden werden. Denn was soll gegen die Sorte Eigentum sprechen, die jemand braucht und benutzt: Das Haus, das er bewohnt, das Auto, das er fährt, die goldene Uhr, die er trägt, all diese Sachen sind nichts, was das private Eigentum so anstößig macht.“

Die Sorte Eigentum allerdings“, sagte Herr K., „die es gibt, um nicht von ihren Besitzern gebraucht und genutzt zu werden, dieses Eigentum ist keinesfalls von Nutzen für die Menschen, jedenfalls nicht für die Mehrheit von ihnen“, fügte Herr K. einschränkend hinzu.

„Jemand, der das Geld hat, eine Fabrik zu bauen, tut das nicht für sich, weil er einen großen Raum braucht, in dem er seine Arbeit verrichten will. Er will darin andere für sich arbeiten lassen, und sein Eigentum gibt ihm das Recht dazu, die Erträge dieser Arbeit wiederum als sein Privateigentum zu beanspruchen.“

Jemand, der das Geld hat, eine Wohnsiedlung zu errichten, tut das für gewöhnlich nicht, weil ihm der Platz in seiner Wohnung zu eng geworden ist. Er will andere, die keine Wohnung haben, darin wohnen lassen, und sein privates Eigentum gibt ihm das Recht, die vorgefundene Not seiner Mitbürger zubarer Münze zu machen.

Diese zweite Sorte Privateigentum“, sagte Herr K., „lebt und nährt sich von der Armut derer, die über diese Art Eigentum nicht verfügen und deshalb darauf angewiesen sind, mit ihrem Interesse an Arbeit und Unterkunft die Interessen der großen Privateigentümer zu bedienen.“

Diese Sorte Eigentum ist das Lebenselixier einer Klassengesellschaft; es wirkt zum Schaden der Klasse, welche die Not dazu zwingt, das Eigentum der anderen Klasse zu vermehren.“

Und Herr K. fügte hinzu: „Vor der Forderung nach Abschaffung dieser Eigentumsform brauchen die kleinen Leute daher keine Angst zu haben. Ihnen gehört davon nichts, sie können ohne diese Art Eigentum nur gewinnen.“

Ulrich Schulte
herrkeiner@tageblatt.lu

OGBL und LSAP trafen sich

Austausch über Schmelz-Schließungen



Foto: Isabella Finzi

Das Schifflinger Werk

Eine Delegation des Stahlsyndikats des OGBL unter Leitung von Jean-Claude Bernardini wurde am Donnerstagabend von einer LSAP-Delegation mit Alex Bodry, Lucien Lux, Lydia Mutsch, Roland Schreiner, Jean Schmit und Erny Muller empfangen.

Hierbei ging es um die sog. Restrukturierungen in der nationalen Stahlindustrie. Die Delegationen warfen die Frage auf, was die Verträge wie LUX 2011 und das Luxemburger Sozialmodell angesichts solcher Entscheidungen noch wert seien. Die Gewerkschafter wollten wissen, ob die

Regierung Mittel habe, gegen solche Entscheidungen und Methoden vorzugehen. Ein einzelner Mann habe in London eine Entscheidung getroffen, die immerhin 450 bis 600 Menschen ihren Arbeitsplatz, ihren Stolz vielleicht ihren Lebensinhalt nahm.

Aus der Zeitung erfahren

Die Luxemburger Stahlindustrie verliere hierdurch eine ganze Produktparte.

Weiter wurde die Frage aufgeworfen, ob es normal sei, dass die

Schifflinger Schmelz geschlossen werde, ohne dass der Bürgermeister der Stadt hiervon informiert wurde und dies aus der Zeitung erfahren musste. Die LSAP-Vertreter lehnten diese Vorgehensweise jedenfalls ab.

Die Gewerkschaftsvertreter baten die Politiker, ihren Einfluss bei der Regierung geltend zu machen, damit diese gegen den scheinbarweisen Abbau der nationalen Stahlindustrie vorgeht.

Schließlich informierten die Gewerkschafter die LSAP über eine Protestveranstaltung, die am 8. Oktober vor dem Schifflinger Rathaus über die Bühne gehen wird. r.s.